

PLATTFORM NEWS

Weitere Themen

Termine	6
Solarkocherprojekt	6
Nachruf E. Gmachl	7
PLAGE Tagebuch	10

Falls Sie sich wundern, wo die PN 1/2001 abgeblieben ist: sie ging an die "Ärztinnen und Ärzte gegen Siemens-Atomgeschäfte", auf die sie zugeschnitten war.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 01Z02816K
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

PN 2/2001

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) • 27. MÄRZ 2001 • S 25

Macht diese Regierung

Atomstrom-Harakiri?

Die Atomstromkonzerne greifen nach Österreich. Und die Regierung steht knapp davor, das „Atomfrei“-Gesetz zu brechen. Bei Redaktionsschluß dieser PN-Ausgabe war nicht einmal auszuschließen, dass der künftige Temelin-Eigentümer vielleicht schon bald in Niederösterreichs EVN sitzt. Wird Österreichs Antiatom-Politik dem angeblich „billigen“ Atomstrom geopfert? ▶ Seite 2

TEMELIN

Öffentliches Hearing

Donnerstag, 19. April
Marmorsaal, Schloss
Mirabell, Salzburg

Die Einzelheiten des Programms standen bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest. Bitte informieren Sie



sich auf der neuen PLAGE-Homepage www.plage.cc oder rufen Sie uns einfach an. Mehr zu Temelin und Ed Fagan auf Seite 8



PLAGE, Naturschutzbund und Klimabündnis setzten mit dieser Kundgebung am 29. November vor der Salzburg AG (SAG, ex-SAFE) ihr Lobbying gegen Atomstrom-Importe fort. (Bild: Andreas Hauch)

CashFlow macht die Plage froh!

Sie holen sich die Schnäppchen ... wir schnappen uns das „Cash“.

FR 27. April 14 bis 18 Uhr
SA 28. April 10 bis 18 Uhr
SO 29. April 10 bis 15 Uhr

Im Schloß Arenberg, Arenbergstraße 10

PLAGE FLOHMARKT

Verkauft Österreich sich an die Atomstromkonzerne?

Antiatom-Politik auf der Kippe



Vorne hält Österreichs Regierung fest die Tür gegen Temelin zu. Und über die Hintertür läßt sie Temelin und andere Atomstromproduzenten hereinspazieren.*

Die 1998-99 fast panischen Bestrebungen, sich den größten ausländischen Stromkonzernen – alle auch Atombetreiber – an die Brust zu werfen, schienen abgeflaut. Und plötzlich ein rauhes "Frühlings"erwachen: Verbund, oö. EAG und steirische ESTAG (schon mit Electricité de France seit 1997 in einem Bett) verkaufen ihren Anteil an der niederösterreichischen EVN. Offenbar fixe Käuferkandidaten: die Atomstromkonzerne EDF und E.ON (D)! Daß sie sich trauen, während fast ganz Österreich vor allem an der "Basis" anrennt gegen drohende Atomstromimporte aus Temelin! Wo bei beide, E.ON und EDF, Käuferkandidaten für die Temelin-Betreiberfirma CEZ sind und Temelin-Strom massiv auch nach Österreich brächten! Doch selbst der eindeutige Bevölkerungskonsentiment die aus- wie inländischen Stromherren einen feuchten Kehricht: demokratischen Willen respektieren? Das wär doch gelacht! Und nach halbherzigen Abwehrversuchen scheinen die politischen Entscheidungsträger, voran die Bundesregierung, jetzt bei dem Handel mitzumachen: die Tür vorn halten sie gegen Temelin mit allen Kräften zu, und über die Hintertür lassen sie Temelin und andere Atomstromproduzenten herein.

Atomstrom darf in Österreich keinen Platz haben!

Aber nicht nur das. Der mit dem EVN-Deal drohende Dambruch macht nahezu das bahnbrechendste, zukunftsweisendste, demokratischste Ereignis der Zweiten Re-

publik zunichte: die Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf 1978! Das daraus hervorgegangene "Atomsperrgesetz 1978" verbietet die Stromgewinnung aus Kernspaltung in Österreich. Bis auf minimale Atomstromanteile aus dem damaligen internationalen Stromaustausch bedeutete das: Atomstrom hat in Österreich keinen Platz! Ein Verkauf weiterer österreichischer EVU-Anteile an Atomstromer heißt: bewußt die Tore auf für Atomstrom! Heißt: die Tore auf für eine atomkonzernbestimmte Energiepolitik! Heißt: weg mit solchen "Hindernissen" von gestern auf der Rollbahn der Konzerne! (Was soll's, wenn das Kernenergieverbot grad erst 1999 im "Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich", § 2, bekräftigt worden ist!) Daß diese Linie auch eine Verhöhung reihenweiser Landtags- und Landesregierungsbeschlüsse ist (> Kasten), gerät da fast zur Randnotiz.

„Größtes Fiasko der österreichischen Anti-Atompolitik“

"Es liegt jetzt in der Hand der drei ÖVP-Politiker Bartenstein, Klasnic und Pühringer, entweder das größte Fiasko der österreichischen Anti-Atompolitik persönlich zu verantworten oder diesem Anschlag auf die Umweltpolitik unseres Landes eine klare Absage zu erteilen", so die Umweltsprecherin der Grünen und frühere Global2000-Mitarbeiterin

* N.B.: Wegen der rasanten Entwicklung dieser Sache könnten Teile dieses Artikels bei Auslieferung der PN bereits überholt sein.

Eva Glawischnig zum EVN-Deal. Unser Dachverband AntiAtom International (AAI) appellierte an Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, "die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um einen Ausverkauf österreichischer EVUs an internationale Atomstromkonzerne auch langfristig zu verhindern."

FPÖ-Atomgegner: HAUPTSache im Amt?

Die PLAGÉ erwartet sich aber auch vom FPÖ-Regierungspartner deutliche Worte und konkrete Schritte. Was tut der ehemalige "g'standene" Atomgegner und nunmehrige Sozialminister Herbert Haupt? Angesichts der Tatsache, daß die offizielle österreichische Antiatompolitik völlig auf der Kippe steht und sogar die breiteste demokratische Entscheidung der Zweiten Republik, die Atom-Volksabstimmung 1978,

SCHON VERGESSEN?

Forderungen der österreichischen Landtage an die Bundesregierung (Abschlußerklärung der Landtags-Konferenz vom 22.9.2000 in Salzburg):

- Alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um tschechische Atomstromexporte nach Österreich zu unterbinden;
- auch auf EU-Ebene alle geeigneten Maßnahmen zu setzen, um Atomstromimporte aus Ländern, deren Anlagen nicht dem aktuellen Stand der Technik der EU-Länder(?) entsprechen, in keinem Fall zuzulassen;
- auf europäischer Ebene alle rechtlichen Schritte zu ergreifen, um Wettbewerbsverzerrungen im Bereich der Dumpingpreise aus Atomstromexporten zu unterbinden.



STANDARD-Bericht vom 15. März: Einigung der Regierungsparteien mit der SPÖ im Parlament notwendig.



Karikatur in N.Volksbl. 3.7.99

müßte ein überzeugter Atomgegner in der Regierung sagen: Wenn das kommt, trete ich zurück!

Selbst wenn die Regierung und die Regierungsparteien diesen Pro-Atom-Dammbruch zulassen, ist noch nicht aller Tage Abend. Glawischnig kündigte für die kommenden Sondersitzungen des Nationalrates umfangreiche Initiativen gegen einen Ausverkauf der österreichischen E-Wirtschaft an Atomstrom-Konzerne an. "Es ist nämlich stark zu bezweifeln, ob Bartenstein im Parlament eine Mehrheit für diesen Deal bekommt." Diesen Stolperstein für die Atomfreunde spricht auch der STANDARD vom 15.3.01 an: "Allerdings ist für einen Einstieg der Deutschen (E.ON) noch eine Einigung der Regierungsparteien mit der SPÖ im Parlament notwendig, um die notwendigen Gesetze zu ändern." Es wird sich herausstellen, ob die Entwicklung der SPÖ zu atomkritischer Haltung verlässlich war.

Da die Atomstromkonzerne wie E.ON und EDF massiv auf Billigstimporte aus ost-

europäischen AKWn (Temelin & Co.) setzen und auf entsprechende Stromdurchleitungsrechte durch Österreich, hängt von den Regierungs- und Oppositionsparteien auch ab, ob die ewiggestrigen "Visionen" für eine "nukleare Energiezukunft Europas" (Marc Watton, BNP-Paribas, F > siehe Kasten "Atomstrom und Liberalisierung des EU-Strommarktes") Wirklichkeit werden: Atomausbau im hilflosen, alles hinnehmenden Osteuropa

als Widerstandsbrecher für die Atomwirtschaft im Westen!

Politik versagt: selber handeln!

Die "hohe" Politik hat nach schon satt-samen "Patzern" – zB der beachtliche "Anti-atom-Aktionsplan" gefolgt von reihenweisen Rückziehern vor dem EU-Ratsgipfel in Helsinki im Dezember 1999 – in Sachen EU-Strommarktliberalisierung, Atomstrom-Import, Ökostrom-Förderung weitgehend versagt. Zunehmend kommt es daher dar-

auf an, daß wir unsere persönlichen Handlungsmöglichkeiten nützen. Vor allem Greenpeace und die Ökostrom AG haben hier einige Möglichkeiten aufbereitet: für Gemeinden/Bürgermeister, für "Dich und mich" als Stromkonsumenten. Zum einen siehe Unterschriftenlisten in dieser PN-Ausgabe, zum andern rufen wir alle PLAGE-Geister und -Sympathisanten zu dem auf, was der Verein selber tun wird: den Stromanbieter ab Oktober wechseln, wenn er Lieferverträge mit Atomstromproduzenten und -verteilern eingetht bzw aufrechterhält. Nützen wir unseren Spielraum! Selbst wenn atomfreier Strom einige Hunderter im Jahr mehr kosten sollte: Das muß es uns wert sein. Damit wir nicht unfreiwillig die Atomstromerzeugung und die Atomkonzerne unterstützen! Damit umwelt- und sozialverträgliche Stromerzeuger gestärkt werden!

PLAGE
aktiv

ICH TU' WAS

Atom-Strom abmelden!

Und: Was Einzelne, Gemeinden, Betriebe tun können

Unterschriften-Aktionen unterstützen: GEGEN ATOMSTROM-IMPORT und PRO ÖKO-STROM! (> Beilagen in dieser PN.)

Atomstrom abmelden! Ob direkt oder indirekt aus Temelin, oder aus anderen Atomreaktoren in Ost- oder Westeuropa. Laut Elektrizitätswirtschafts-Organisationsgesetz (EIWOG) kann jede/r ab Oktober seinen Stromversorger (EVU) frei wählen. Tun Sie es! Steigen Sie dann um auf ein EVU, das garantiert keinen Atomstrom einkauft. Kündigen Sie jetzt schon Ihrem EVU an, daß Sie ihm sonst ab Oktober... kündigen. Sie können auch Ihren Bürgermeister/Gemeinderat, einen befreundeten Firmenchef u.a. zum Ausfüllen der Atomstrom-Abmeldung animieren! (> www.greenpeace.at oder Formular in dieser PN, samt e-Mail-Adressen und Fax-Nummern der wichtigsten öst. Stromfirmen.)

Öko-Strom anmelden! Schon jetzt garantiert ausschließlicher Ökostrom-Bezug durch die Ökostrom AG, 1060 Wien, Mariahilferstr. 89, T: 01 / 961 0 561, e-Mail: office@oekostromag.at; Homepage: www.oekostromag.at. – Oder durch Direkt-Beteiligung an EE-Anlagen (Erneuerbare Energien), zB DonauWind, T+F: 01 / 3680272, WEB Windenergie, T: 02848/63336-0, F-14, Solarstrom-Gemeinschaftsanlagen wie jener der Feistritzwerke, 8200 Gleisdorf, T: 03112/2653-0

PLAGE kündigt Atomstrom und wechselt zu Ökostrom, falls ihr bisheriger Versorger, die Salzburg AG, beim Dammbbruch zugunsten von Atomstrom aus Tschechien und anderswo mitmacht. PLAGE unterstützt das 1. große Windkraft-Projekt in Salzburg (Golling/Paß Lueg)! PLAGE-Obmann (a) wechselt Stromversorger im Falle, daß...; (b) betreibt eine 2 m2-Solarstromanlage; (c) lebt mit Familie aber ohne Auto, und leistet sich dafür zB Anteile an Solarstrom-Gemeinschaftsanlagen, an Solarzellenerzeugern, an Kleinwasserkraftwerken... (Da kam die PN leicht an die Information; ähnliche Beispiele zur Veröffentlichung sind uns willkommen.)

PLAGE wird befreundete Vereine und Gruppen ermutigen, ähnliche Schritte zu setzen. Beispielsweise die Ärzte, die den SIEMENS-Boycott unterstützen.



"Wer sagt, dass österreichische Stromgesellschaften nicht mit Atomstromproduzenten kooperieren dürfen, der verbietet gewissermaßen österreichischen Stromproduzenten und Vertreibern internationale Kontakte. Und das kann es wohl nicht sein."

(Wirtschaftsminister Martin BARTENSTEIN, ÖVP, am 13.3.01 im ORF-Abendjournal wortwörtlich. – Wenn es heißt, daß die zukunftsweisende Errungenschaft der österreichischen Politik, eine atomfreie Energiepolitik, geopfert wird, ist das dann halt der Preis der Kooperation, Herr Minister, punktum?)

Warum ist Atomstrom(import) "billig"?

Auch in Österreich geht landauf, landab die Rede vom "billigen" Atomstrom: Politiker, E-Wirtschaft, Kommentatoren, Journalisten, aber sogar grüne Mandatäre und aktive Atomgegner verwenden den Ausdruck.

Bei ersteren steckt zT Sympathie für die Atomenergie dahinter, die sie so endlich wieder etwas ausleben können; bei letzteren Unbedachtheit oder sprachliche Ungenauigkeit. In jedem Fall wird die breite Öffentlichkeit zugunsten der Atomenergie beeinflusst: hängen bleibt "billiger Atomstrom". Man kann nun nicht jedesmal Argumente anhängen, weshalb Atomstrom nur dann als "billig" gelten kann, wenn man nur die Spitze des Eisbergs seiner Kosten sieht (und einem beim Einkauf, beim Import tatsächlich nur dieser kleine Kostenzipfel verrechnet wird, während alle anderen Kosten indirekt und unsichtbar von der Allgemeinheit zu tragen sind). Daher sollte man

zumindest "billig" stets in Anführungszeichen setzen, oder von "scheinbar billiger Atomkraft", "billiger, weil Jahrzehnte hochsubventionierter Atomenergie" o.ä. sprechen. Denn als... "billig" erscheint Atomstrom u.a. weil:

- unter den Gestehungskosten exportiert wird, um nukleare Überkapazitäten auszulasten. Das bringt immer noch mehr – und schaut besser aus –, als wenn die AKWe stillstünden (EDF/Frankreich hat rd. 12 Reaktoren à 900 MW zu viel).
- viele heutige und v.a. zukünftige Kosten nicht auf die Betriebskosten geschlagen werden (A-Müll u.a.);

- ungeheuerer staatliche Subventionen in die A-Industrie geflossen sind (für Atomforschung, Anlagenerrichtung, indirekt durch viele steuerliche Begünstigungen: zB steuerfreie Rückstellungen in Milliardenhöhe, staatliche Garantien etwa für die heute rd. 170 Mrd. Francs Schulden EDFs – dadurch günstige Zinsen, usw.);
- die Atomindustrie in allen Betreiberstaaten, ja sogar den meisten AKW-freien Staaten, für Schadensfolgen nach den geltenden Atomhaftgesetzen nur zu einem winzigen Bruchteil der tatsächlichen möglichen Schadenshöhe zu haften hat (Ausnahmen: Luxemburg, Österreich);

ATOMSTROM UND LIBERALISIERUNG DES EU-STROMMARKTES

DIE PLAGE HAT VOR WIE NACH ÖSTERREICHS EU-BEITRITT IMMER WIEDER DARAUF HINGEWIESEN: *

Die verkrustete, national meist übermächtige E-Wirtschaft durch echten Wettbewerb aufbrechen, von Privilegien und parteipolitischer Verflechtung befreien, sie demokratisieren, sie durch gesamt-europäische Synergien, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten straffen – ja natürlich. Doch nur nach vorheriger Angleichung (Harmonisierung) der sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen. Wie etwa das Öko-Institut Freiburg Anfang der 90er Jahre nachwies, standen die Weichen in den entscheidenden EU-Gremien (Kommission; Rat der nationalen Regierungen) alles andere als in Richtung gleiche soziale und Umwelt-Standards im Energiebereich. Daher von Kostenwahrheit keine Rede. Bis zum heutigen Tag nicht.

Damit wurde die Deregulierung/Liberalisierung im Elektrizitätswesen zur "Rollbahn der Konzerne" (der damalige Chef der deutschen Kartellkontrolle, Kartte); die paar national schon übermächtigen Monopole weiten ihre Herrschaft nun in ganz Europa (EU und das ohnmächtige Osteuropa) aus. Diese Art der Deregulierung ist bereits so weit fortgeschritten, daß sich die Stromriesen schon sicher genug wähnen, ihre Karten,

sprich Strategien, einigermaßen offen auf den Tisch zu legen. "Der Energieexperte der französischen Großbank BNP Paribas läßt keine Zweifel aufkommen: 'Die Zukunft der europäischen Energiewirtschaft ist nuklear', meinte Marc Watton bei einer Veranstaltung in Wien." (Die Presse, 15.3.2001) Wenig überraschend, wenn man die Anzeichen kontinuierlich verfolgte (zB die Durchsetzung der Nachrüstung des slowakischen AKW Mochovce unter kräftigster Beihilfe westeuropäischer Atombetreiber). Denn diese "Vision" enthält natürlich die gesamte osteuropäische Stromwirtschaft. Dank der westeuropäischen Atomlobby in Politik und Industrie und dank den westeuropäischen Nachrüstungs- und Fertigstellungsmilliarden – und nur dank all dem – wurde die durch den politischen Umsturz und durch Tschernobyl wankende osteuropäische Atomlobby im Sattel gehalten. Und da kommen nun die "fantastisch" ungleichen Rahmenbedingungen der EU-Strommarktliberalisierung voll zum Tragen: in Rußland, Ukraine, Bulgarien, Rumänien usw. nehmen in ihrer wirtschaftlichen Lage nahezu alle Menschen nahezu jegliche unsozialen und unökologischen Standards in Kauf. Die Folge: Strom,

unter horrenden Bedingungen atomar oder fossil erzeugt, fließt wundersam "billig" in die Leitungen der EU-Stromriesen. Wenn das die Vision ist, kann man schon à la Marc Watton/BNP auf eine nukleare Energie-zukunft für Europa hoffen.

Auf Österreich bezogen: "Schwer werde es für einzelne Staaten wie Österreich, einen antiatomaren Alleingang zu unternehmen." (Marc Watton) Zumal da eben neben "den Atomstromproduzenten der EU-Partnerländer" jetzt zunehmend "noch die Atomkraft-Erzeuger aus den Nachbarstaaten Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei (...) hinzu kommen". Und gerät die niederösterreichische EVN unter Großkonzern- und

Atomstromproduzenten-Einfluß, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die anderen Stromversorgungsunternehmen (EVUs) purzeln.



VDI-Nachrichten, 23.2.2001

*Insbesondere in der für den Dachverband AntiAtomInternational (AAI) 1993 erstellten "EURATOM-Broschüre" (eigentlicher Titel: "Atomstaat, zweiter Anlauf? – Die zivile und militärische Integration Österreichs in die Europäische Atomgemeinschaft"). – Die Gefahren für das österreichische Atomenergieverbot hat die PLAGE sogar in einem völkerrechtlichen Gutachten noch zehn Tage vor der Volksabstimmung über den Beitritt zur EU und damit zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) wissenschaftlich untermauert dargelegt. Daraufhin folgte von seiten der Beitrittsbetreiber geradezu ein propagandistischer Sturm, in welchem die Kronen-Zeitung mit verleumderischer Schlagzeile auf der Titelseite den Vogel abschob (> vgl. PN 3/1/1995). Heute bestätigt sich dieses Gutachten von Ass.Prof.Dr. Michael Geistlinger vom Institut für Völkerrecht der Universität Salzburg mit dem Titel "Österreichisches Atomsperrgesetz und Gemeinsame Erklärung zur Anwendung des Euratom-Vertrages [...]" immer mehr.



Aufkleber erhältlich
bei der PLAGE (40 x 8 cm,
schwarz-rot-gold, S 20,-)

PLAGE
aktiv

- an den Sicherheitsmaßnahmen gespart wird (bes. in mittel- und osteuropäischen Atomanlagen);

Wären Österreichs Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und zT auch in den Medien wirklich im Herzen wirklich überzeugte, wirklich informierte Atomgegner und wären sie also aus innerem Antrieb agierende, offensive Atomgegner und nicht nur stets auf Druck und Aufruhr aus der Bevölkerung reagierende Atomgegner, dann würden sie zB

- immer wieder den Skandal der unverantwortlich niedrigen Atomhaftung anprangern;
- Kostenrechnungen aufstellen, die diesen und andere Posten miteinbeziehen;
- auf EU-Ebene bis zu letztendlichem (Teil-)Erfolg eine EU-weite Verschärfung der Atomhaftungsbestimmungen einfördern;
- sich mit Fachleuten umgeben und Studien in Auftrag geben, die diesen aktiven Kurs der Kostenwahrheit für Atomstrom untermauern.

Strommarktöffnung bewirkt Absenkung der Sicherheitsstandards

Im September 1999 berichtete das seit den Tagen des AKW-Projekts Kaiser-augst bei Basel bestehende Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen AKWe, daß ihm ein internes Protokoll der "Klausurtagung Nukleare Entsorgung" der Atomindustrie zugespielt worden war; diese hatte sich am 14.-15. Jänner 1998 in Baden ein Stelldich-ein gegeben. Danach ist Schweizer Atomstrom selbst nach Betreiber-aussage am freien Markt heute nicht mehr konkurrenzfähig. Es heißt darin: "Markt-öffnung: ...Erzeugungskosten unter 5 Rappen pro Kilowattstunde sind gefordert... Maßnahmen: ...Senkung der Betriebs- und Instandhaltungskosten... Abbranderhöhung*... Begrenzung von Investitionen und Orientierung der Sicherheit am Notwendigen und nicht am technisch Möglichen ... Senkung der Entsorgungskosten soweit möglich..." Im Klartext: Um Kosten zu senken, wird an der Sicherheit gespart.

* D.h. die Brennstäbe verbleiben länger im Reaktor, werden anfälliger (zB für Risse in der Brennstab-hülle), und ihre immense Radioaktivität steigt nochmals.

PLAGE aktiv gegen Atomstromimport

- ▶ **22.12.1997:** PLAGE-Aktivist*innen aus Salzburg bestreiten den zentralen Part im Protest gegen den überfallsartigen Beschluß der steirischen Landtagsfraktionen von ÖVP und SPÖ zum Teilverkauf des Landesstromversorgers ESTAG an Electricité de France (EDF). Im Weihnachtsmann-Dress von Global2000 halten sie vor und im Grazer Landhaus den Verscherblern des Tafelsilbers riesige Silberlinge als Zeichen des Verrats an der österreichischen Antiatom-Politik vor die Nase. (> PN 2/1998)
- ▶ **23.9.1999:** Bereits damals gab es einen neuerlichen EDF-Übernahmeversuch: „Hochzeit“ zwischen EDF und Energie Austria (Verbundgesellschaft u.a.). Für diesen Fall forderte die PLAGE von der Bundesregierung als Mehrheitseigentümer „eine hieb- und stichfeste „Atomstrom-Verbotsklausel“, um „unbedingt dafür zu sorgen, daß die österreichischen Stromverbraucher nicht unwillentlich die französische Atomwirtschaft unterstützen.“
- ▶ **7.5.2000:** Naturschutzbund, Klimabündnis-Salzburg, Robert-Jungk-Bibliothek und PLAGE fordern von der Salzburger Stromwirtschaft und von LH Schausberger eine „verbindliche Erklärung gegen Atomstromimport“ sowie offensive Schritte gegen die Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der Atomstromfirmen in der EU. (> PN 4/2000)
- ▶ **9.5.2000:** Als Gastredner bei der Konferenz der österreichischen Landtage zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke gibt PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger den Anstoß, die Forderung nach „Kostenwahrheit über den Preis von Atomstrom auf europäischer Ebene“ in die Schlußerklärung aufzunehmen. Diese ergeht an die Bundesregierung und über einen Entschließungsantrag der Grünen an den Nationalrat. (> PN 4/2000)
- ▶ **29.11. und 2.12.2000:** Demonstration mit Großtransparent „LH, Salzburg AG: Schützt heimische Energie vor Atomstrom: Klagt bei EU!“ vor dem SAG-Gebäude und in der Salzburger Innenstadt.
- ▶ **17.1.2001:** Vertreter von Naturschutzbund, Klimabündnis, PLAGE und Greenpeace-Ö besprechen die Problematik des Atomstromimports mit dem Vorstandschef der Salzburg AG, Dr. Arno Gasteiger. Es werden teilweise Übereinstimmungen erzielt. Insbesondere bestätigt der SAG-Chef in der Folge schriftlich, so wie die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für eine EU-weite Stromkennzeichnungspflicht einzutreten, damit sich die Abnehmer überall zwischen atomar, fossil oder erneuerbar erzeugtem Strom entscheiden können. Ein Anstoß für die übrige österreichische E-Wirtschaft, von Wirtschaftsminister Bartenstein vehementes Eintreten für diese Stromkennzeichnungspflicht im EU-Minister-rat einzufordern. Doch wenn die Atomkonzerne EDF, E.ON, Bayernwerke mit ihren Milliarden zum Aufkauf vor der Tür stehen und die Bundespolitik nichts tut, werden da nicht die österreichischen Strommanager in vorseilendem Gehorsam gegenüber ihren künftigen Herren in München oder Paris mucksmäuschenstill halten?!



Das japanische Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI) hat auf die Vorlage zur Genehmigung von sechs neuen Reaktorprojekten an den Ausschuss für Koordinierte Kraftwerksplanung verzichtet. Unter den damit aufgeschobenen AKWs befinden sich zB die Blöcke 1 und 2 am Standort Kaminoseki in der Präfektur Jamagutschi südwestlich von Hiroschima. Lediglich zwei von

acht Atomblöcken, die diesen März vom Planungsausschuss be- willigt werden sollten, bleiben nach der Entscheidung übrig. Diese ist Ausdruck einer gene- rellen Verlangsamung des Nuklearausbaues in Japan und damit eine Folge des Schocks, den der schwere, skandalöse Unfall in der Uranaufbereitungs- anlage von Tokai Mura vor gut einem Jahr durch das japanische Atom-Establishment schickte.

SOLARKOCHER-PROJEKT

PLAGE UND INTERSOL SAMMELTEN 50.000 SCHILLING

Bereits 13 Schulen machen mit

Das im Herbst 2000 von PLA- GE und InterSol (Verein zur Förderung internationaler Soli- darität) mitinitiierte Schul- projekt "2x50 Solarkocher für Indien" findet immer größere Verbreitung. Bisher sind schon 13 Salzburger und oberöster- reichische Schulen beteiligt. Dank der Mithilfe des Landes Salzburg (finanziert 20 Kocher) beträgt der Kontostand bereits öS 50.000,-

In der HBLA Braunau beschäf- tigten sich sogar drei Maturant- innen in Form eines Matura- projektes mit der Solarkocher- nutzung (im Rahmen ihres The- mas "Welternährung"). Sie lie- ferten einen mitreißenden ab- schließenden öffentlichen Vor- trag (ein Teil ihrer Matura)! Dessen Gesamteinkünfte gehen an das Schulprojekt. Und er lö- ste u.a. bei einer Gemeinderätin von Braunau großes Interesse an der Aktion aus, die nun ver- sucht, die Idee auf politische

Ebene zu bringen. Dies wäre ganz im Sinne des Solarkocher- entwicklers Dr. Dieter Seifert aus Neuötting, der eine Projekt- finanzierung im Rahmen der Agenda 21 als sinnvolle Einlö- sung unserer "CO₂-Einspar- verpflichtung" sieht.

Neben dem Schulprojekt sind PLAGE und InterSol deshalb auch bemüht, weitere Solar- kocherprojekte zu initiieren und zu unterstützen. Im Zuge dieser Bestrebungen ist PLAGE-Mit- glied Franz Greisberger, seines Zeichens ehemaliger Entwick- lungshelfer und pensionierter Hafnermeister aus Koppl, derzeit mit zwei Sätzen Solar- kocher-Reflektorblechen in Bol- livien. Dort will er versuchen, neben seinem eigentlichen An- liegen – der Weitergabe von Wissen rund um den ökologi- sch sinnvollen Kachelofenbau – auch Projektpartner für das Solarkocherprojekt zu finden.



Solarkocher:
Essen für 20
Personen nur mit
Sonnenenergie

SA 7. APRIL, BAYERISCH EISENSTEIN

Anti-TEMELIN-Demonstration

Geplant ist u.a. eine grenzüberschreitende Menschenkette von Bayerisch Eisenstein nach Böhmisches Eisenstein. Jede/r Demonstrant/in wird einen Gasluftballon erhalten, an welchem eine Postkarte an die tschechische Regierung befestigt ist und die den Protest untermauert. Aufrufende Organisationen sind: Südböhmische Mütter gegen Atomgefahr, Grüne Jugend Bayern, Bund Naturschutz/BN-Kreisgruppe Regen, Jugendorganisation Bund Naturschutz Bayern, Grüne Jugendgruppen aus Österreich. (Mitteilung Grüne Jugend Bay- ern, Leo Spor / Katrin Schmidberger, D-92318 Neumarkt, 0049/ 9181-8670 o. 0160/6806981.)

DO 19. APRIL, SALZBURG

Öffentliches Hearing zur (Un-)Sicherheit des AKW Temelin

Salzburg, Schloß Mirabell, Marmorsaal.

Es werden dazu Vertreter der Temelin-Betreiberfirma CEZ, des US-Reaktorbauers Westinghouse als Lieferant des Kontroll- und Steuersystems im Ost-West-Reaktormix sowie des jetzigen Mutterkonzerns von Westinghouse, der British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) eingeladen. Sie sollen auf die Fra- gen und Einwände von vier kritischen Experten zur Sicher- heit bzw zu Pannen- und Unfallszenarien für das AKW Temelin antworten.

Das Hearing ist Teil der Strategie von US-Anwalt Ed Fagan, die Errichter und Betreiber Temelins zur Erfüllung ihrer Informationspflicht und Offenlegung zurückgehaltener Do- kumente zu bewegen, sie andererseits umso wirksamer an- greifen zu können, wenn sie sich dieser Pflicht bzw dem Hearing nicht stellen. Das Salzburger Hearing ist dabei als Auftakt zu einem Dreisprung gedacht: es sollen ein weiteres (in Deutschland) zur Frage der Umweltauswirkungen und eines (in Prag oder Budweis) zum Komplex Wirtschaftlich- keit/Alternativen statt Temelin folgen.

Nehmen Sie teil! Auch für Publikumsfragen ist Zeit vor- gesehen. Nützen Sie die Gelegenheit, konfrontieren Sie die Temelin-Vertreter mit Ihren Fragen und Einwänden!

Wie Pro-Atom-Regierungen

Im Jahr 2000 erfolgten 8 Trans- porte mit Material aus der Brennelementefabrik der Siem- ens AG im hessischen Hanau nach Frankreich. Gewaltige 154 kg Plutonium und 4 t Uran wurden mit Last- wagen in die Wiederauf- bereitungsanlage (WAA) La Hague gebracht. Atomgegner und große Teile der grünen Basis werfen Umweltminister Jürgen Trittin vor, still und leise diese Transporte zu- gelassen zu haben, wäh-

rend seine CDU-Amtsvorgän- gerin Angela Merkel 1998 ein Transportverbot für hoch- radioaktiven Atommüll nach





PLAGE INTERN

Elfriede Gmachl verstorben

Völlig überraschend ist PLAGEgeist Elfriede Gmachl am 28. Dezember 2000 - 75 jährig - gestorben. Unbegreiflich für uns alle, die sie noch ein paar Tage zuvor, fröhlich und agil wie immer, bei einer kleinen PLAGE/ÖNB-Weihnachtsfeier getroffen haben.

Den meisten wird Frau Gmachl wohl von den PLAGE-Flohmärkten in Erinnerung sein. Ihre besondere Leidenschaft galt der "Buchabteilung", die sie fachlich und monetär bestens betreute wobei sie grundsätzlich alle drei Flohmarktstage durchgehend (!) im Einsatz stand.

Neben ihrem Amt als Rechnungsprüfer-Stellvertreterin war Sie auch immer zur Stelle, wenn Hilfe beim Versand im Büro gefragt war. Aber nicht nur uns PLAGEgeistern war sie ein Begriff. Durch ihr Interesse an Kunst, Kultur, Politik und Gesellschaft konnte man sie praktisch überall antreffen – bei Kunstauktionen, Vernissagen, Diskussionsveranstaltungen.

Sie war eine angenehme, fröhliche, manchmal etwas schrullige Weggefährtin, – abgehen wird sie uns wohl allen, und die Lücke die sie hinterläßt, wird nie ganz geschlossen werden können.

"Was soll denn grün sein an einem Außenminister, der nicht einmal ganz leise ans Völkerrecht zu erinnern wagt?"

In einem Kommentar der Süddt. Ztg. vom 22.2. zu Joschka FISCHERs Aussage bei seinem Antrittsbesuch bei der neuen US-Regierung, betreffend den jüngsten US-britischen Bombenangriff auf den Irak. "Der Bundesaußenminister hat eine neue diplomatische Waffe installiert: Die Schere in seinem Kopf. Sie klappt so schnell auf und zu, dass kritische Gedanken über US-amerikanische Politik schon im Ansatz weggeschnitten werden", so die SZ weiter.

"Die ‚Globalisierung‘ ist nichts anderes als die Auslieferung aller freien Weltgüter (bis zum menschlichen Leben, siehe Gen-Technologie) an Geschäftsinteressen."

Der Münchner Schriftsteller und Essayist Carl AMERY in einem Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung vom 15.2.01, in einer Reaktion auf den Versuch eines Leitartiklers, "die ‚Globalisierung‘ schönzureden". Amery ist seit langem auch ein scharfer Kritiker der Atomtechnologie und war bereiter Mitstreiter etwa gegen die WAA Wackersdorf und Franz Josef Straußens Drang zum Atomstaat.

"Wer es dennoch versucht, will Herr der Welt sein."

MdB Karl LAMERS, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU im deutschen Bundestag, laut Die Presse vom 5.2.2001 zur sturen Vorstellung der Regierung Bush und des Pentagons, die USA – gegen ohnehin tausendmal schwächere, aber hochstilisierte und geradezu herangezuchtete Feinde – mittels des nuklearen Raketenabwehrschilds NMD/Nuclear Missile Defense unverwundbar zu machen. Lamers hat wenig Sympathie für die NMD-Pläne. Denn "seit Siegfried wissen wir Deutschen, daß Unverwundbarkeit ein Traum ist." Allerdings, haben sie's nicht auch, wie jede "Großmacht", zwischendurch mehrfach vergessen?...

Frankreich verfügt habe. (Nach dem Skandal um undichte Castor-Transportbehälter - Anm.d.Red.) Trittin rechtfertigte sich damit, daß es sich hier nicht um abgebrannte Brennelemente und nicht um Castor-Behälter handelt habe. „Rein formalrechtliche Argumentation“ in bester Manier bisheriger Pro-Atom-Regierungen, sehen die Atomgegner dennoch und wieder einmal die grüne Linie in Atomangelegenheiten verraten.

WOHLGEORDNET

PLAGE-Bibliothek und Buchverleih für Schulen usw...



Weil wir aus Kosten- und Zeitgründen nicht so viele „Komplett-Ausgaben“ der PN herausbringen können, wie es zur Veröffentlichung der Überfülle an Nachrichten wünschenswert wäre, erfahren Sie erst jetzt, was schon seit vergangenem Sommer realisiert ist: da wurde die PLAGE-Bibliothek von Peter Machart und Andrea Zocher durch mehrere Wochen hindurch systematisch aufgearbeitet. Jedes Buch trägt jetzt eine Signatur, die es auf den ersten Blick zu einer bestimmten Thematik zuordnen läßt. Damit wird auch der Verleih erleichtert.

Desgleichen haben die beiden die PLAGE-Videos übersichtlich

archiviert. Außer den beiden dankt die PLAGE auf diesem Weg nochmals dem Naturschutzbund-Mitglied Otto Roder, der die schöne neue Bibliothek, die Naturschutzbund und PLAGE gemeinsam nutzen, um Gotteslohn installiert hat.

PS: Die ÖNB-PLAGE-Bibliothek ist übrigens ein Beispiel an die Adresse der Entscheidungsträger in der Landesregierung, daß die beiden Organisationen bei **Verkauf des Schlosses Arenberg ein neues „Zuhause“ kriegen sollten, wo sie ihre bewährte Bürogemeinschaft mit doppelter Nutzung derselben Infrastruktur aufrechterhalten können!**



Schloss Arenberg soll „verwertet“ werden
Das Land Salzburg will das Schloss, Domizil u.a. von Naturschutzbund und PLAGE, demnächst versteigern.
(Bild: Ratzer)

PLATTFORM NEWS

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart

Vereinsadresse, Redaktion:
A-5020 Salzburg, Arenbergstr. 10, Tel. (0662) 643567, Fax 64 37 344 Bürozeiten Mo-Fr 09.00-13.00 Uhr e-Mail: plage@salzburg.co.at

Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. **Druck:** Druckerei Huttegger, Salzburg



Jedenfalls eine Chance, sagen die einen.

Aussichtslos, die anderen. Nur – haben wir je Aktionen ausschließlich daran bemessen, ob sie garantiert wirken?

Temelin hinwegfagan?

Dieses AKW ist ein weltweit einzigartiger „Versuchsreaktor“

Die Idee: Wir ändern eine scheinbar gesetzmäßige Reihenfolge: 1. Katastrophe ... 2. Fagan. Wir beginnen mit Punkt zwei. **Die Ausgangslage:** Die Temelin-Reaktorsicherheit stammt vom US-Unternehmen Westinghouse. Ed Fagan ist US-Anwalt. **Die Chance:** Die zum Restrisiko stets bereite Atomlobby endlich dort zu treffen, wo sie am wenigsten risikobereit ist – beim Geld.

Bekanntlich gibt es keine 100% sicheren Atomkraftwerke. Jede dieser Anlagen hat ihre kleine Chance, atomares Inventar freizusetzen und großräumig in die Umwelt zu verteilen. Neu seit Tschernobyl ist der Versuch der Betreiber, weniger die Eintrittswahrscheinlichkeit als die möglichen Folgewirkungen kleinzureden. Tschernobyl, ein vorwiegend psychisches Problem.

Lästig nur, wenn – wie Mitte Februar – deutsche Nuklearmediziner von einer Verzehnfachung der Fälle an Schilddrüsenkrebs unter weißrussischen Kindern und Jugendlichen berichten, 15 Jahre nach dem „Reaktorunfall“. Derzeit sind „durch die Belastung mit radioaktivem Material fast tausend Kinder an Schilddrüsenkrebs erkrankt“, so die Ärzte. 210 der betroffenen Kinder werden in Essen und an der Universitäts-Kinderklinik in Würzburg betreut.

Temelin hat den Charakter eines Versuchslabors: Erprobt wird das Zusammenspiel von sowjetischem Reaktordesign mit westlicher Steuerungs- und Brennstofftechnologie. Westinghouse soll dafür sorgen, dass von ihrem Konzept her unsichere Anlagenteile und Komponenten, die zudem über lange Zeiträume unter fragwürdigen Umständen gelagert wurden, klaglos und vor allem sicher funktionieren. Mit diesem Atomkraftwerk, dessen Baustelle zeitweilig "gänzlich außer Kontrolle" war, sollen Millionen Europäer ruhig schlafen können? Selbst wenn man nur wirtschaftliche Aspekte betrachtet: Schon ein viel kleinerer „Unfall“ als in Tschernobyl könnte Österreichs wichtigste Einnahmequelle, den Tourismus, förmlich abschalten.

Ed Fagan ist für uns eine logische Fortsetzung der PLAGE-Aktion „Schadensersatz-Voranmeldung“. Die erhobene Summe von über 4 Billionen Schilling belegt nicht den eingetretenen sondern den möglichen Scha-



den, den die 6 aktionsbeteiligten österreichischen Bundesländern erleiden könnten. Vor allem aber belegt sie eines: Die Unmöglichkeit der Betreiberunternehmen, für Schäden in dieser Größenordnung je zu haften.

Altlast der kommunistischen Atom-Euphorie

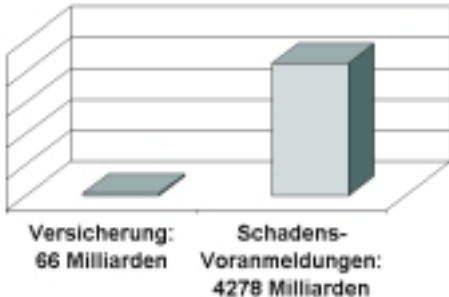
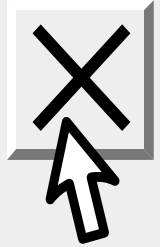
Wie im Computerspiel SimCity setzten die Atomplaner der 70er-Jahre Kraftwerke in die Planungslandschaft. Jeder Kreis der einstigen CSSR sollte über 2 x 1000 oder 4 x 1000 MW Nuklearleistung verfügen. Später reduzierte man das Ausbauprogramm auf 4 Kraftwerksbauten, Temelin wurde

schließlich als einzige Anlage dieses Programms in den 80er-Jahren tatsächlich in Angriff genommen. Nach dem Sturz der kommunistischen Regierung geriet der Bau Mitte der 90er-Jahre „praktisch außer Kontrolle“, so ein tschechischer Experte. Vaclav Havel betrachtet es inzwischen als seinen größten Fehler, als Präsident 1990 nicht vehement gegen den Weiterbau Temelins aufzutreten zu sein. Seine Popularität hätte das sich anbahnende Fiasko vielleicht verhindern können. Seit 1992 stand die Anlage stets 2 Jahre vor Inbetriebnahme. Jedes Jahr kostete weitere zig Milliarden Kronen, ließ Ausstattungsteile altern und Garantiefrieten verstreichen. Baufehler, unsachgemäße Lagerung etwa der Dampfturbinen, deren Vibrationen heute Beton zerbröseln, all dies nagt auch am tschechischen Selbstbewußtsein und erschwert die sachliche Diskussion. Erst recht, wenn auch manche österreichischen Atomgegner etwa in Internetforen auftreten wie BesserWessy persönlich.

Aus Sicht der tschechischen Betreiber-gesellschaft CEZ gibt es nur zwei Möglichkeiten: das AKW Temelin endgültig in Betrieb zu nehmen ... oder "der Gesellschaft einen Verlust in Höhe von nahezu 100 Milliarden Kronen zuzufügen, der mit hoher Wahrscheinlichkeit den Zusammenbruch von CEZ a.s. herbeiführen würde." (Homepage CEZ). Die Baukosten von Temelin werden inzwischen mit 111 Mrd. Kronen veranschlagt, rund 46 Mrd. Schilling.

Ein Reaktorunglück in Temelin könnte viele Länder in Europa betreffen

Falls sich das probelaufende AKW mit unlösbaren Pannen nicht von alleine als unbetreibbar erweist, sollten viele Länder in Europa Interesse haben, den riskanten



Größenordnungen im Vergleich: Haftpflichtversicherung AKW Temelin kontra „Schadensersatz-Voranmeldungen“ aus 6 österreichischen Bundesländern

Foto: Johannes Angerbauer, www.ta-art.com



Klon aus der Welt zu schaffen. Temelin ist kein Privatproblem Österreichs. Das Vorgehen mit Unterstützung von Ed Fagan kann die Sicht auf die Fakten im restlichen Europa und auch in den wirtschaftssensiblen Vereinigten Staaten auf jenen Level hieven, der nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Eine EinWAAnd-Aktion der etwas umständlicheren Art. Die russischen Hersteller des ursprünglichen Reaktordesigns haben bereits klargelegt, dass Sie für eventuelle Haftungsfragen nicht zur Verfügung stehen: Durch den Mix mit Westinghousetechnologie seien Ansprüche jeder Art an sie verwickelt.



„Das Europaparlament kann verabschieden was es will. Es wird keinen Einfluss auf Temelin haben.“

(Temelin-Direktor Frantisek Hezoucky lt. Neue Kronenzeitung vom 10. 9. 2000)



Abenteuer Klonen: AKW Temelin

EIN KOMMENTAR VON PLAGÉ-OBMANN HEINZ STOCKINGER

Fagan wagen?

Während die einen in der PLAGÉ-Kerngruppe sich spitzbübisch freuten, empfanden andere erhebliche Vorbehalte. So auch ich.

Was sprach dafür? – Der Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit. - Die "Federn" der Atombetreiber vor einem Anwalt, der eine international brisante Causa wie die Entschädigungszahlungen für Holocaust-Opfer erfolgreich betrieben hatte. - Der Umstand, daß mit Fagan ein US-Anwalt zur Verfügung steht, der zur selben Gerichtsbarkeit gehört wie die Hauptlieferfirma für den "West-Anteil" des USSR-US-Reaktorzwitters Temelin, also Westinghouse Corporation. - Die öö. Plattform war für die Einschaltung des großen Firmenschrecks. - Und nicht zuletzt: Fagan verzichtet auf ein Honorar.

Was sprach dagegen? – Gefahr zu großer Sensationsmache. - Das AKW ist nun in Betrieb gegangen; bevor dieses mächtige Faktum geschaffen wurde, hätte man rechtlichen Schritten deutlich größere Chancen einräumen können. - Unberechenbarkeit der juristischen und medialen Abwicklung: Welche Mittel würde ein uns bisher nicht vertrauter Anwalt für nötig halten? Zum Beispiel: Welche, wieviele Experten/Sachbeistände vor Gericht oder für Veranstaltungen wie Hearings werden erforderlich? Wie rasch muß unsere überaus bescheidene Infrastruktur massiv reagieren können? Solche Anforderungen könnten sich letztlich auch "budgetgefährdend" niederschlagen. Denn die Kosten hierfür kann man selbstverständlich nicht dem Anwalt zumuten.

Meine Stellvertreterin Maria Fellner, die die "Fagan-Initiative" ergriff und mit dem Mut einer Löwin betreibt, entwarf gemeinsam mit dem Anwalt eine Vorgangsweise, die mir aus den vorhandenen eher schmalen rechtlichen und medialen Möglichkeiten das Maximum herauszuholen scheint. Und hat öffentliche Stellen zu materiellen Zusagen bewegt.

Im Fazit trete ich daher dafür ein, das "Unterfangen Fagan" zu wagen. Wird man nicht auch als Skeptiker auf die Frage "Wenn es mit Mr Fagan tatsächlich gelingen sollte, Temelin noch abzuschalten – war es dann gut, ihn einzuschalten, oder nicht?" kaum anders als "ja" antworten können?



"Lieber den Urahn im Iran als das Uran im Urin!"

Ottfried FISCHER im TV angesichts des Skandals tonnenweiser Verstreuung von radioaktivem Uran-238 mit NATO-Geschoßen im Krieg mit Jugoslawien um den Kosovo.



"Temelin ist ein Werk, vor dem jeder urteilskräftige Mensch auf die Knie sinken und allen daran beteiligten tschechischen Technikern und Arbeitern seine Ehrerbietung bezeugen sollte"

Tschechiens Industrieminister Miroslav GREGR lt. Oö. Nachrichten v. 6.2.2001

"Wer glaubt schon Gentechnikern?"

Frage einer Leserin der größten deutschen Zeitung für Technik, der VDI-Nachrichten, in Reaktion auf ein VDI-Interview mit einem Gentechniker unter dem Titel "Wir wollen keine Menschen klonen". – "Erzeugung", 'in Serie produzieren', 'Lieferant für Spenderorgane' – hat Prof. Wolf eigentlich schon mal gemerkt, daß er ein Lebewesen vor sich hat? Auch wenn die Herren der Gentechnik hundertmal sagen, daß sie keine Menschen klonen wollen: Wer glaubt ihnen das?" – Der Leserbrief stand in den VDI-Nachrichten vom 12.3.1999. Heute ist die Katze aus dem Sack: Wie von der Nicht-Expertin dem Experten ins Gesicht gesagt: Natürlich gibt es sie, die Gentechniker, die Menschen klonen wollen.

Nov. 2000

PLAGE-Aktivistin bei Klimakonferenz in Den Haag aktiv

Sie heißt Christine Gölzner. Krankenschwester. Frisch pensioniert. Und: umso frischer engagiert. So fuhr sie als einzige aus der Stadt Salzburg im November mit einer großen Global2000-Abordnung in die niederländische Hauptstadt, um den Regierungsvertretern und deren wissenschaftlichen Beratern öffentlichkeitswirksam die Forderungen der Klimaschützer an der Basis entgegenzuhalten. 6.000 Umweltbewegte waren dazu angereist und errichteten einen symbolischen Damm gegen den Klimazusammenbruch und vor allem gegen den Zusammenbruch der Politik vor dem Klimaproblem. Christine Gölzner baute daran mit der ihr eigenen Aufopferung mit, bis die 50.000 Sandsäcke eine Länge von einem halben Kilometer und eine Höhe von einhalb Meter ausmachten, vor dem Konferenzzentrum, unübersehbar. Als die Haager Klimakonferenz vor allem wegen der USA nach Wochen scheiterte, wurde der Damm als Anklage gegen dieses fortgesetzte tatenlose Zusteuern auf den Klimaabsturz eingerissen.



Symbolischer Damm in Den Haag

Nov. bis März:

Solarkocherprojekt strahlt aus!...

Wir kommen mit dem Zählen der Solarkochervorträge von PLAGE-Jugendreferent Peter Machart schon fast nicht mehr mit:

16. November 2000: Akademisches Gymnasium Salzburg;
6. Dezember 2000: Sonderschule Aiglhof

16. Jänner 2001: HBLA in Braunau (Mag. Josef Kogler) – Einstiegsvorträge in drei Klassen.

23. Jänner: HS Attnang Puchheim.

25. Jänner: BG Hallein.

2. Februar: HS St. Gilgen.

3. Februar: Mitbetreuung eines Solarkocher-Infostandes am "Tag der offenen Tür" an der HBLA Braunau.

6. Februar: Mitbetreuung einer Projektgruppe (6. Klasse) bei den Projekttagen am Gymnasium St. Rupert (B'hofen) zum Thema Solarkocher.

10. Februar: Solarkochervortrag in zwei Klassen der HBLA Braunau, die durch den Infostand am "Tag der offenen Tür" auf das Solar-Projekt aufmerksam wurden.

1. März: Teilnahme des PLAGE-Jugendreferenten an einem Vortrag dreier Maturantinnen der HBLA Braunau zum Thema Welternährung (Schwerpunkt Solares Kochen) als "Fachmann" für Fragen zum Projekt.

9. März: Vortrag am BG St. Johann.

PLAGE TAGE BUCH

5. März 2001

Gegen Atomenergie als Klimaschutz

Das World Information Service on Energy (WISE, Amsterdam) und das Nuclear Information and Resource Service (NIRS, Washington) haben eine Petition an den Vorsitz und an die Mitgliedsstaaten des UNO-Ausschusses für Nachhaltige Entwicklung (CSD) lanciert. Denn nach dem wieder mal wie ein Luftballon zusammengegangenen UNO-Klimagipfel im November in Den Haag läuft schon die nächste Runde, wo die Atombetreiber versuchen, das Etikett "Klimaschützer" umgehängt zu bekommen. Diesmal innerhalb des erwähnten UNO-Ausschusses, welcher wesentlich überschaubarer, gezielter zu bearbeiten und weniger im Rampenlicht ist als der Haager Riesengipfel. Da kann die Lobby auch ihre Leute ungleich leichter unterbringen. Und tatsächlich verheißten die ersten Sitzungen der Energieexpertengruppe des CSD nichts Gutes. Die WISE-NIRSPetition dringt daher darauf, "jegliche Hinweise auf Befürwortung unnachhaltiger Energietechnologien, insbesondere Kernenergie, aus den Debatten, Ausstellungen und sonstigen Aktivitäten des CSD auszuschließen." Die PLAGE hat den Initiatoren ihre Unterstützungserklärung für diese Petition übermittelt.

6. März 2001

SIEMENS-Demo: "Solarzellen statt Krebszellen!"

Anfang März fand die offizielle Eröffnung der neuen Siemens-Niederlassung in Salzburg-Kasern statt. Nicht nur PLAGEgeister demonstrierten zu diesem Anlaß gegen das Festhalten des Konzerns an der Atomtechnologie. Auf PLAGE-Initiative konfrontierte auch eine Gruppe kritischer Ärzte und Ärztinnen aus mehreren Bundesländern, erschienen in weißer Berufskleidung, die Firma mit Spruchbändern wie "Atomausstieg ist Krebs- Prophylaxe" und "Solarzellen gegen Krebszellen". Anders ausgedrückt: der Konzern soll in seinen solaren Aktivitäten jenes Engagement an den Tag legen, das er bis heute so massiv in den Nuklearbereich steckt.

Es zeigte sich wieder einmal, wie sehr Siemens den Atomprotest scheut. Aufgrund der erforderlichen Anmeldung der Kundgebung bei der Polizei erfuhr man in der Niederlassung zwangsläufig vom "Be-

such" der Atomgegner. Kurzfristig stellte man dort daraufhin das Programm um und verlegte den Schwerpunkt vom Vormittag auf den Nachmittag. Eigene Sicherheitsleute in schwarzer Uniform wurden zum Schutz vor den PLAGEgeistern, Frauen- und Kinderärzten, Homöopathen und Allgemeinmedizinerinnen vor die neue Zentrale postiert. Dennoch: Generaldirektor Alfred Hochleitner von Siemens-Österreich entkam dem Anblick nicht. Er kam letztlich sogar heraus und diskutierte kurz mit den Demonstranten. Zuvor hatten Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden und Stadtrat Johann Padutsch bei ihrer Ankunft wohl weniger Probleme gehabt, den Demonstranten die Hände zu schütteln, auch wenn sie kurz darauf zur Ehrung des Siemens-Generaldirektors namens der Mozartstadt schritten...



SICH POLITISCH FAIR
AUSEINANDERSETZEN –
NOCHMALS:

ÖVP-"Dolchstoß" gegen Erneuerbare im EP

Die letzte allgemein versendete PN (6/00, S. 3) berichtete von einem neuerlichen Umfaller aller ÖVP-Abgeordneten zum Europaparlament (EP) in Sachen Erneuerbare Energien (EE). Indirekt, so der FPÖ-Europaabgeordnete Kronberger, seien sie damit auch wie schon mehrfach den Antiatombemühungen Österreichs in den Rücken gefallen, da es um fairere Wettbewerbsbedingungen für EE auch gegenüber Atomstrom ging.

Die PLAGE berichtete aber nicht nur, sondern ging der Sache auf den Grund. An ÖVP-Delegationsleiterin im EP, Ursula Stenzel, sowie an die SPÖ und die Grünen erging die Anfrage, ob Kronbergers Angaben zuträfen. "In der Heimat" konfrontierte ein weiteres PLAGE-Schreiben hohe ÖVP-Vertreter/innen mit der Meldung und fragte, ob die EP-Riege der Partei damit in Übereinstimmung mit der Energiepolitik der Mutterpartei und mit dem Wählerauftrag stünde. Stenzel antwortete nicht. Dafür bestätigte die SP-Europaparlamentarierin Maria Berger Kronbergers Darstellung zu 100 Prozent.

Schließlich traf von ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat eine Stellungnahme ein, die in ihrer Ausführlichkeit und ihrem Inhalt eine selten ernsthafte Befassung mit der Kritik von Bürgern spiegelt. Kern ihrer Rechtfertigung: Die beiden knapp – und also entscheidend mit den ÖVP-Stimmen – abgelehnten Anträge zugunsten der Erneuerbaren Energien hätten einfach jede wie immer geartete EE-Förderung als wettbewerbsmäßig unbedenklich festgelegt. Und das wäre nun vielleicht in der Tat nicht in jedem Fall auf längere Sicht vernünftig.

Die "Überprüfungs-Stafette" der PLAGE geht allerdings noch weiter! Bloß in die umgekehrte Richtung: Die Argumentation der ÖVP-Generalin wurde an FP-Kronberger, der ja in Sachen Erneuerbare Energien einen Ruf unbestreitbaren Engagements und voller Kompetenz besitzt, zur Beurteilung übermittelte. Die PN wird berichten.

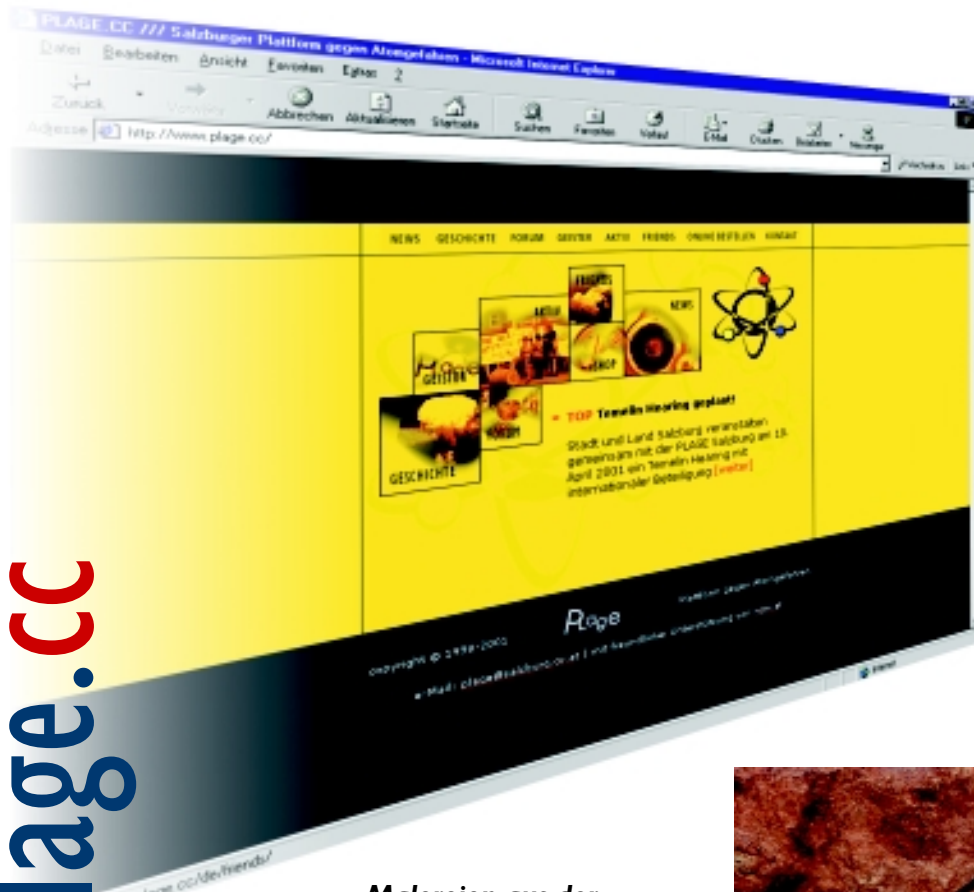


PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger bei der Eröffnung der neuen Siemens-Zentrale: "Die Atomenergie ist das schwarze Schaf in der Siemens-Familie. Siemens bewirbt sich um die Aufträge zur Fertigstellung der zwei ukrainischen Reaktoren, die Tschernobyl ersetzen sollen. Österreich hat in der Osthilfe-Bank EBRD gegen die Finanzierung dieser Atomblöcke gestimmt, muß aber nach erfolgtem Finanzierungsbeschluß auch noch Millionen dafür mitzahlen. So agiert Siemens im Nuklearsektor massiv gegen österreichische Interessen."

Die neue PLAGE Homepage

www.plage.cc

- NewsPlattform**
AntiAtomNews online lesen oder als Newsletter per eMail kostenlos beziehen
- PrintNews-Archiv**
15 Jahre PLAGE-Geschichte zum Durchstöbern und Nachlesen
- PLAGE Forum**
Meinungen kundtun, mitdiskutieren
- OnlineShop**
Infomaterial bequem im OnlineShop bestellen – die Lieferung erfolgt risikolos per Nachnahme



Malereien aus der Energie-Steinzeit

L'âge de la pierre (Steinzeit), l'âge du nucléaire (Atomzeitalter). Die Ähnlichkeit im Wortklang der beiden Begriffe im Französischen nutzte das Atomausstiegs-Netzwerk in Lyon für eine attraktive Postkarte im Stil der berühmten französischen Höhlenmalereien. „Lassen wir das Atomzeitalter hinter uns“, steht darauf zu lesen. (Für Karten-Fans bei PLAGE beziehbar)



DER PLAGEAKTIV-COUPON

ABO BESTELLEN - MITGLIED WERDEN - MITARBEITEN

Vorname _____
 Zuname _____
 Straße _____
 PLZ-Ort _____
 Telefon _____

- Förderndes Mitglied* **ATS 500 • 36,33**
- Aktives Mitglied* - Normalverdiener **ATS 250 • 18,16**
- Aktives Mitglied* - Studenten/Schüler **ATS 100 • 7,27**
- PN Abonnement - keine Mitgliedschaft **ATS 100 • 7,27**
- Tragt mich in die Helferliste ein - ich möchte mich aktiv an der Plage-Arbeit beteiligen

* = Jährlicher Mitgliedsbeitrag **inkl. PN-Zeitungs-Abo**

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN PLAGE, ARENBERGSTR. 10, 5020 SALZBURG ODER PER FAX AN (0662) 64 37 344